Nr. 324 Morgen-Ausgabe
A 165

Berlin

Sonnabend, 11. Juli 1925
V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in „Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 50 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Aufwertungsschlacht im Reichstag.

Hergts „Meisterstück".

Die Aufwertungsgesetze stehen nun, nach den monatelangen Verhandlungen im Ausschuß und dem mühsam erreichten Kompromiß im Plenum des Reichstags zur zweiten Beratung. Das beste Hindernis ist gestern bei Beginn der Sitzung aus dem Wege geräumt worden. Auf der Tagesordnung stand voran die Fortsetzung der Aussprache über das Uniformgesetz, das am Donnerstag Veranlassung zu den scharfen Zusammenstößen zwischen der Rechten und den Sozialdemokraten gegeben hatte. Im Aeltestenausschuß war man jedoch überein gekommen, die Verabschiedung des Uniformgesetzes auf die nächste Woche zu vertagen. Gegen diese Absicht wandte sich der deutschvölkische Abgeordnete von Graefe mit den schärfsten Ausdrücken; sie trugen ihm nur eine Rüge des Präsidenten ein, vermochten aber nicht einmal die Deutschnationalen umzustimmen. Die Völkischen standen bei der Abstimmung allein und von der Rechten verlassen. Die zweite Beratung der Aufwertungsgesetze wurde, bei dicht besetzten Bänken, aufgerufen.

Zunächst erfolgt — Freitag und Sonnabend — die allgemeine Aussprache mit politischer Dominante. Das finanz- und wirtschaftspolitisch Sachliche wird erst in der Spezialberatung vorherrschend werden. Auf der Regierungsbank sieht man den Reichsjustizminister Dr. Frenken und den Reichsfinanzminister Schieben. Sie überlassen die Tri, büne vorläufig ganz den Parteien, die in geregelter Folge zu Worte kommen.

Vorerst der Sozialdemokrat Abg. Keil. Der reitet gleich eine scharfe rednerische Attacke gegen die Deutschnationalen. Er hat es nicht schwer dabei. Er braucht nur die deutschnationalen Flugblätter, die Reden deutschnationaler Führer, die feierlichen Bekenntnisse zu dem Aufwertungsprogramm des nicht mehr deutschnationalen Abgeordneten Best zu verlesen, um die Rechte niederzureiten; ihre Wahldemagogie in ihrer ganzen, häßlichen Nacktheit zu zeigen, den gewaltigen Unterschied deutlich zu machen zwischen den hundertprozentigen Versprechungen vor dem 7. Dezember und dem Kompromiß, mit dem sich Hergt und Genossen schließlich abgefunden haben. Von der Tribüne herab hörte man zustimmende Rufe entrüsteter Sparer, unten im Sitzungssaal sah man auf den deutschnationalen Bänken immer verlegener werdende Mienen.

Sicherlich hat einer seiner Fraktionsgenossen den Abg. Hergt um die Aufgabe beneidet, die Aufwertungspolitik seiner Partei zu verteidigen. Aber sie haben die Fähigkeiten ihres ehemaligen Vorsitzenden anscheinend doch unterschätzt. Herr Hergt hat gestern ein von seinen Gesinnungsgenossen mit freudigem Händeklatschen belohntes, von den andern Parteien mit sprachloser Verblüffung bestauntes Meisterstück vollbracht. Ein Meisterstück der Entstellung, eine Akrobatenleistung der Verdrehung. Als er die Tribüne betrat und die Linksparteien ihn in Erinnerung an die Augustage der Dawes-Gesetze mit dem Zuruf empfingen: „Hier stehe ich; ich kann nicht anders!", da wird er sich wohl wie jener Leutnant gesagt haben, daß in einer solchen Situation nur noch die... Ungeniertheit helfen könne. Und nach diesem Rezept redete Hergt. Er überraschte gleich in den ersten Sätzen durch die Feststellung, daß die Deutschnationalen das größte Verdienst an der Aufwertung hätten, ohne seine Partei gebe es heute überhaupt keine Aufwertung. Stürmische Heiterkeit, der sich auch die Herren auf der Regierungsbank nicht entziehen können. Man hält es für einen guten Witz, für eine Selbstpersiflage, mit der sich der deutschnationale Sprecher aus der Verlegenheit retten will. Aber in dieser Tonart geht es die nächste halbe Stunde weiter. Früher habe man blos geredet, aber jetzt, da die Deutschnationalen in der Regierung seien, habe man endlich etwas geschafft. So wird Schwarz in Weiß umzufärben versucht. Dabei scheut Abg. Hergt vor den tollsten Groteskspringen der Logik nicht zurück. Erst die Regierung, in der die Deutschnationalen sitzen, haben den Sparern und Gläubigern zu ihrem Recht verholfen. Also ein Verdienst der Regierung Luther? Doch nicht. Denn eine Weile später übt Hergt an der Haltung der Regierung scharfe Kritik, und er entschuldigt das Kompromiß mit der Feststellung, daß Luther und Schieben allen weitergehenden Forderungen der Deutschnationalen ein „Unannehmbar" entgegengestellt haben, vor dem man habe zurückweichen müssen. Hätte man die Regierung deswegen stürzen sollen? Sie sei doch eine Zukunftshoffnung! (Auch mit Stresemann? tönt es von der Linken dazwischen.) Die Regierung könne man doch um großer nationaler Fragen willen zu Fall bringen. (Soll das eine Ankündigung für die Abstimmung über einen Sicherheitspakt sein?) Um die Aufwertungssätze habe ein solch radikales Verfahren nicht gelohnt. Dann entdeckt Herr Hergt, daß schon das Kabinett der Großen Koalition die Aufwertung hätte regeln müssen — unmittelbar nach der Beendigung des Ruhrkampfes, als die Mark am tiefsten stand, und die Reichsbank den täglichen Bedarf an Papierbillionen nicht mehr drucktechnisch beschaffen konnte! —, mindestens aber hätte man die Aufwertungsgesetze vor den Dawes-Gesetzen verabschieden sollen. Wie wäre es um die deutschen Finanzen, um die deutsche Wirtschaft heute bestellt gewesen! Ein paar Sätze später, als es ihm gerade so paßt, fragt Hergt, wie man denn vor eineinhalb Jahren, also gerade in der Zeit vor der Londoner Konferenz, Aufwertungssätze hätte feststellen, wie man damals die Entwicklung der Wirtschaft, die Verschuldung der Industrie usw. hätte voraussehen und vorausberechnen können. In solchen krassen Widersprüchen bewegt sich die Hergtsche Rede unausgesetzt. In seiner Verlegenheit greift Hergt unbedenklich zu jedem Argument, daß ihm gerade wirksam erscheint, ohne zu bedenken, daß er damit seine eigene frühere Beweisführung erschüttert.

Trotzdem: die Deutschnationalen sind, als Hergt am Ende ist, wortlos begeistert. Sie glauben die Situation gerettet und scheinen wirklich voraussusetzen, daß die anderen Parteien sich durch die Taschenspielertricks hätten blenden lassen. Nun, die kalte, ernüchternde Dusche läßt nicht lange auf sich warten. Sie wird den Deutschnationalen von dem Zentrumsredner, Abg. Dr. Stetter verabfolgt. Der richte seine ersten Sätze an die Adresse der Rechten. Er versteht die Verlegenheit der Deutschnationalen in der Aufwertungsfrage. Aber gerade darum empfehle er ihnen mehr Vorsicht und mehr Wahrhaftigkeit. Und wenn Hergt mit Genugtuung von der Zusammenarbeit mit dem Zentrum gesprochen habe, dann dürfe er diese Verbindung nicht auf eine zu harte Probe stellen. Das war mit mehr Derbheit gesagt, als sonst zwischen Parteien üblich ist, die in der Regierung zusammenarbeiten. Die scharfe Abfuhr erregte im Hause geradezu Sensation. Die Deutschnationalen standen wie die begossenen Pudel da. Daß Abg. Setter solche Sätze namens seiner Fraktion sprechen durfte, zeigt, wie empört man auch im Zentrum über die deutschnationalen Verdrehungskünste war.

Für die Demokraten gab Abg. Dr. Koch eine formulierte Erklärung ab. Die Demokraten werden gegen die Vorlagen stimmen. Nicht, weil sie die Sache für ungenügend hielten. Diese Erwägungen bleiben außer Betracht. Aber die Demokraten müssen es den Regierungsparteien überlassen, die Verantwortung für das Kompromiß zu tragen, das sie unter sich vereinbart haben.

Ob die Regierungsparteien bei der opponierenden Haltung kleiner Gruppen in den verschiedenen Fraktionen auch eine sichere Mehrheit aufbringen werden, das ist gestern noch ihre große Sorge gewesen. Es muß auch ihre Sorge bleiben. Die Opposition hat keine Veranlassung, die Regierungsparteien von der Verantwortung zu entlasten.

Best greift den Kanzler an.

Die Verhandlungen des Reichstages zogen sich gestern bis ½12 Uhr hin, da Reichskanzler Dr. Luther die Regierungsparteien ersucht hatte, die allgemeine Aussprache über die Aufwertungsvorlage gestern noch zu beenden. Der Saal war namentlich während der Rede des Wirtschaftsparteilers Dr. Jörissen und der bureaukratisch unendlich lang ausgesogenen Ausführungen des der Bayerischen Volkspartei zugehörigen Abg. Emminger, des früheren Reichsjustizministers, fast völlig leer.

Aber als etwa um 9 Uhr Abg. Dr. Best an die Reihe kommen sollte, wurde es wieder voll im Hause. Man dachte, die Kommunisten würden vor Dr. Best Vertagung beantragen; denn der Abg. Höllein verhandelte mit dem Präsidenten Löbe. Aber als die Abgeordneten aus den Nebenräumen in den Saal hereinströmten, wurde es klar, daß das Haus auch zu so später Stunde noch beschlußfähig war, und die Kommunisten mußten wohl oder übel von ihrer Vertagungsabsicht abstehen.

Freilich, als Dr. Best dann das Wort bekommen hatte, verließen die Deutschnationalen fast vollzählig demonstrativ den Zuhörerraum; sie wollten für ihren ehemaligen Parteifreund kein Publikum stellen. Dr. Best sprach in seiner prudelnden beweglichen Art über dreiviertel Stunden vollständig frei; nur selten schaute er auf ein Blatt Papier, das wohl eine kurze Disposition enthielt.

Die Hauptwendung des Redners gegen das Aufwertungskompromiß war die, daß es großkapitalistisch sei, daß seine Bestimmungen in der Hauptsache nach den Wünschen und Interessen des Großkapitals geformt worden seien. So wenig Gutes er an der dritten Steuernotverordnung ließ, so erklärte er unter großer Heiterkeit, daß sie ihm immer noch lieber sei als das jetzt zusammengebraute Kompromiß.

Sehr scharfe Angriffe richtete er gegen Dr. Hergt und seine früheren deutschnationalen Parteifreunde, die schärfsten gegen den Reichskanzler Dr. Luther. Hier scheute er auch vor persönlich zugespitzten Formulierungen nicht zurück. Unter Bezugnahme auf den Reichskanzler sagte er: „Der Vernichter des deutschen Rechts sitzt jetzt auf dem Stuhle des Gründers des Reiches." Den Kanzler nannte er einen Sachwalter des Großkapitals. Ihm sprach er jedes Gefühl für Moral und jedes Gerechtigkeitsgefühl ab. Die Angriffe auf den Kanzler lösten besonders bei der Deutschen Volkspartei heftige Unruhe aus.

Viel Heiterkeit gab es bei der Linken, als Dr. Best den Deutschnationalen ihre agitatorischen Methoden während des Wahlkampfes und die Wahlversprechungen in der Aufwertungsfrage vorwarf, die sie jetzt gebrochen haben. Mit großer innerer Erregung kritisierte er das Fraktionsleben innerhalb der Deutschnationalen Partei. Er sprach von dem führenden Fraktionsklüngel, von dem unerhörten Zwang, der auf die Fraktionsmitglieder ausgeübt werde, ein Zwang, der in unlöslichem Widerspruch zur Reichsverfassung stehe, die bestimmt, daß jeder Abgeordnete Vertreter des ganzen Landes sei und frei nach seiner Ueberzeugung handeln müsse.

Seine Vorwürfe dehnte Dr. Best auch auf die übrigen Fraktionen aus, die ebenfalls viel zu oft Fraktionszwang ausübten. Aus der Deutschnationalen Partei erzählte er, daß nicht nur Dr. Steiniger mit ihm zusammen gekämpft habe, sondern daß noch eine ganze Anzahl süddeutscher Abgeordneter mit ihm gegangen wären, von denen freilich die meisten sich nach und nach der Führung gebeugt hätten.

Abg. Best schloß seine Ausführungen, daß die Regierung und die Regierungsparteien in einem Irrglauben befangen wären, wenn sie der Meinung seien, daß nach Verabschiedung des Aufwertungskompromisses Ruhe und Frieden in der deutschen Bevölkerung einkehren werde. Er glaube, daß das gerade Gegenteil der Fall sein werde.

Nach Best erhob sich der Justizminister Frenken, der den ganzen Tag über wie eine Statue still und regungslos auf dem ersten Stuhl der Regierungsbank gesessen hatte. Mit einer Verve und einer Kraft, die man dem alten Herrn kaum zugetraut hätte, wies er die persönlich verletzenden und beleidigenden Worte, die Dr. Best gegen den Reichskanzler Dr. Luther, den Leiter der deutschen Politik, geschleudert hatte, mit Nachdruck zurück. Er wies darauf hin, daß Best dieselbe hohe richterliche Stellung bekleide, wie er sie vor Uebernahme seines Ministeramts bekleidet habe, und daß aus dem Munde eines solchen hohen Justizbeamten solche beleidigenden Worte, wie sie Dr. Best gebraucht habe, das erlaubte Maß weit überschritten und völlig ungehörig seien.

Der letzte Redner war der kommunistische Abgeordnete Dr. Korsch, der die Vorlage natürlich in Grund und Boden kritisierte. Zwischen ihm und den Deutschnationalen, die ihm in viel größerer Anzahl zuhörten als Herrn Dr. Best, kam es zu sehr lebhaften, wenn auch mehr freundlichen und heiteren, Auseinandersetzungen, als der Redner versuchte, ihnen ein Universitätskolleg über Kapitalsbildung und Eigentumsrecht zu lesen. In dem Urteil, daß das Aufwertungskompromiß gänzlich von großkapitalistischen Interessen diktiert sei, war der kommunistische Redner mit Dr. Best völlig einer Meinung.

Nachdem in der Mitternachtsstunde die Rednerliste erschöpft war, wollte die Rechte noch die Vorlage über die Ausübung des Rechtes des Uniformtragens beraten, aber die Mehrheit

Nachtsitzung des Reichskabinetts.

Die deutsche Antwortnote.

Das Reichskabinett trat gestern abend zusammen, um den von dem Auswärtigen Amt ausgearbeiteten Entwurf der deutschen Antwort auf die Briandsche Note zu beraten.

Zu der 12. Abendstunde dauerte die Kabinettsitzung noch an.